

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktage.
Bezugspreis: Vierteljahr 3.— M.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
J. M. Sed'sche Buchdruckerei
Otto Sed.

Inserate: Kleine Pettzeile 20 Bfg.
Fernruf: Nr. 20.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 261.

Mittwoch, den 6. November 1918.

75. Jahrgang.

Nach einem Monat.

Die erste Tat der neuen Regierung in Deutschland war das Friedens- und Waffenstillstandsangebot, das Prinz Max von Baden, kaum daß er den Grafen Hertling auf dem Kanzlerstuhl abgelöst hatte, nach Washington abschickte. Ein voller Monat ist seitdem verfloßen. Damals glaubten die Massen, der Krieg werde nur noch nach Tagen, höchstens nach Wochen zu schließen sein, und bald werde die vieljährige Qual ein Ende haben. Die Hoffnungen liegen, als Präsident Wilson sich mit seiner Antwort unverkennbar bezieht und dabei eine verhandlungsbereite Haltung einnimmt, allerdings sofort auch deutlich hervorbringt, daß er uns nicht etwa leichten Kaufes zu seinem berühmten Frieden der Verständigung und der Menschlichkeit kommen lassen wollte. In Eile bauten wir unsere Verfassung um und taten auch sonst alles erdenkliche, um den Weg zum Frieden völlig frei zu machen — das Ergebnis aber ist, daß wir trotz alledem noch nicht einmal im Besitz der Waffenstillstandsbedingungen sind, die man auf der Gegenseite für uns bereit hält. Die Optimisten unter uns (ginnen wieder schwankend zu werden, und wer den früheren Regierungen den Vorwurf nicht ersparen möchte, daß sie manches unterlassen, manche Gelegenheiten verkannt hätten, um den Frieden herbeizuführen, der ist heute wohl doch endlich eines besseren belehrt. Wo die wahren Kriegsverlängerer sitzen, das steht nachgerade ganz außer Frage, und auch der einfältigste Mitteleuropäer wird sich durch die salbungsvollen Nebenbarten unserer Feinde, ihrer Staatsmänner und Menschheitsapostel nicht mehr einsprechen lassen. Was sie uns im Westen in diesem Monat an Land und Leuten abgenommen haben, das hat sie abermals Ströme von Blut gekostet — und sie hätten es doch, ohne einen Schuß abzufeuern, zurück erhalten können, wenn sie sich zu einem vorläufigen Waffenstillstand bereit erklärt hätten. Nur, sie wollen keinen Frieden, den sie uns nicht bittieren können, und deshalb muß das Morde fortgesetzt werden, bis wir uns gar nicht mehr wehren können. Das ist wenigstens die Meinung der feindlichen Herrscher, und Herr Wilson hat, bis jetzt wenigstens, nichts getan, um ihr entgegenzutreten.

Dabei darf die Tatsache nicht in Veressenheit geraten, daß wir unseren U-Boot-Krieg bereits seit Anfang Oktober so gut wie völlig eingestellt haben. Und nicht nur das: mittlerweile ist noch bekanntgeworden, daß wir ebenso auf Luftangriffen hinter der feindlichen Front verzicht haben, während die Entente unseren Vorschlag in gleicher Weise uns gegenüber zu verfahren, nicht nur unermwidert gelassen, sondern mit tod- und verderbenbringenden Fliegerbesuchen in Bonn, Wiesbaden, Wiesbaden und zahlreichen anderen friedlichen Ortschaften unserer Westprovinzen beantwortet hat. Auf unserer Seite also Vorkehrungen auf den kommenden Frieden, auf der Gegenseite unerbittliches Beharren auf Kampf und Vernichtung. Aber auch auf den anderen Kriegsschauplätzen hat sich mittlerweile die militärische Lage außerordentlich zu unseren Ungunsten verschoben. Österreich-Ungarn und die Türkei haben bedingungslos kapituliert und sind zu Aufmarschgebieten für die Westmächte herabgesunken. Unsere ganzen Verbindungen nach dem Osten sind bedroht, auch die wirtschaftlichen, und neben unserer West- müssen wir nun auch die Süd- und Südostgrenze des Reiches gegen Einbruchgefahr zu schützen suchen. Wer hätte vor einem Monat daran gedacht, daß sich unsere Lage in wenigen Wochen so gründlich verschoben könnte! Bei uns wenigstens glaubte man damals, noch an die Dauerhaftigkeit gegebener Verhältnisse: im Lager unserer Feinde scheint man allerdings auch in diesem Falle die bessere Rechenart zu haben. Jedenfalls kann nach allem, was wir festher erlebt haben, darüber kein Zweifel mehr bestehen, daß Herr Wilson kalten Herzens den Krieg weitergehen läßt, weil unser Friedensantrag ihm offenbar zu früh gekommen ist. Von Lloyd George gar nicht zu reden, der seine Arbeiter einmal mit den Worten zu beschwichtigen suchte, daß als der größte Verbrecher der Weltgeschichte zu brandmarken wäre, wer diesen entsetzlichen Krieg auch nur eine Stunde länger als unbedingt notwendig fortsetzen wollte. Damit vergleicht man die nackten Tatsachen — der Rest ist Schweigen!

Wenn aber endlich die Mitteilung der Waffenstillstandsbedingungen an uns erfolgen wird, dann wird das deutsche Volk wenigstens einigermaßen vorbereitet sein auf das, was kommen soll. Auch uns wird bedingungslose Kapitulation ausgemutet werden, und auch wir sollen dann einen Frieden auf uns nehmen, bei dem wir nichts zu sagen, sondern nur zu leiden haben. Wenn wir in stummer Ergebung warten, bis es Herrn Wilson endlich gefällt, dieses Dornenkranz auf unsere Schultern zu legen, dann werden wir schließlich auf allem nur Ja sagen können, was er über Gegenwart und Zukunft für uns bestimmt. Ob dieses Unheil noch von uns abgewendet werden kann? Darüber gibt es nur eine Instanz: die Volksregierung. Sie muß entscheiden, ob sie die volle Staatsgewalt in die Hand genommen hat. Möge sie wissen, daß das Volk bereit ist von ihr Rechenschaft verlangen wird, nicht nur für ihre Taten, sondern auch für ihre Unterlassungen.

Waffenstillstandsfragen.

Ernennung der deutschen Unterhändler.

Frankfurt a. M., 5. November.

Wie die Hoff. Ztg. von unterrichteter Seite erfährt, ist für die Abmachungen des Waffenstillstandes zwischen der Entente und Deutschland bereits die deutsche Kommission

ernannt worden. Ihr gehören an: General v. Gündel, der militärische Delegierte auf der Haager Friedenskonferenz, General v. Winterfeldt, ferner Admiral v. Meurer und der frühere Staatssekretär des kaiserlichen Admirals v. Flügge.

Von anderer Seite wird demgegenüber behauptet, daß die Kommission zu Unterhandlungen über den Waffenstillstand, bzw. seine Durchführung naturgemäß erst ernannt werden könne, wenn die Vorschläge des Verbandes bekannt seien.

Was die Feinde fordern wollen.

Genfer Blätter veröffentlichen folgende Waffenstillstandsbedingungen: 1. Räumung des linken Rheinufer, Elsaß-Lothringens und der Pfalz, 2. Besetzung der Rheinbrücken durch alliierte Truppen, 3. Übergabe eines großen Teiles des Kriegsmaterials, sämtlicher Unterseeboote und eines Teiles der Flotte, 4. Wiederherstellung der Industrie in Belgien und Nordfrankreich durch Deutschland und sofortige Lieferung der notwendigen Werkzeuge, 5. Lieferung der nötigen Kohle als Entschädigung für die Zerstörungen in Belgien und Nordfrankreich, 6. Entschädigung in Geld, 7. Kontrolle der deutschen Häfen bis zur vollständigen Ausführung der Friedensbedingungen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß New Yorker Blätter andeuten, daß die Vereinigten Staaten in den Waffenstillstandsbedingungen auf der Wiederherstellung von Frankreich und Belgien bestehen werden. Es werde zwei Jahre dauern, bevor die französischen Kohlenbergwerke in dem besetzten Gebiet wieder imstande sein werden, Kohlen zu fördern, und zehn Jahre, bevor die Förderung wieder den Stand vor dem Kriege erreichen könne. Man nimmt jetzt an, daß Deutschland gezwungen werde, in dieser Zeit Frankreich mit Kohlen, mit Bergarbeitern und mit Geld zu versorgen als Ersatz für den angerichteten Schaden. Der Wiederaufbau der Städte und Dörfer werde 20 Jahre lang 100 000 Arbeiter erfordern.

Der entscheidende Tag.

Im übrigen wird sich erst am Dienstag, dem Tage der amerikanischen Kongresswahlen endgültig entscheiden, welche Bedingungen die Entente stellt. Siegen die Demokraten, d. h. Wilsons Partei, so dürfte sich der Präsident stark genug fühlen, für Wagnis einzutreten. Siegen aber die Republikaner, die Deutschlands Vernichtung wollen, so dürften die Bedingungen dementsprechend härter sein; denn dann würde Wilsons Ansehen nicht nur in Amerika, sondern auch bei den Verbündeten wesentlich herabgemindert sein. Der Dienstag ist also auch für Deutschland von schicksalsschwerer Bedeutung.

Einigung der Alliierten.

Haag, 5. Nov. Das „Holländische Neusbureau“ meldet aus London: Im Unterhause teilte heute Lloyd George mit, daß die Alliierten den Präsidenten ersucht haben, er möge Deutschland mitteilen, daß es sich, falls es die Waffenstillstandsbedingungen, über die sich die Alliierten geeinigt haben, hören wolle, in ähnlicher Weise an den Marshall Foch wenden müsse.

Feindliche Stimmen zur Kaiserfrage.

Abweichende Meinung in Paris und London.

Die französische Presse gibt übereinstimmend ihre Meinung dahin kund, daß die Abdankung Kaiser Wilhelm weder auf die Politik noch auf die militärische Lage Einfluß haben würde. Bezeichnenderweise schreibt das „Journal des Débats“: Für das deutsche Volk bedeutet die Abdankung seines Kaisers das Symbol des Zerfalls. Die Verbündeten müssen in ihren Forderungen fest bleiben und methodisch die militärischen Operationen weiterführen. Mögen sie sich daran erinnern, daß auch Friedrich II. während des Siebenjährigen Krieges sich verloren glaubte. Alle Welt hatte ihn aufgegeben, und doch hat er sich wieder retten und die preussische Großmachtstellung wieder begründen können.

Während indes in keinem französischen Blatt die Abdankung des Kaisers als wesentlich für den Gang der Ereignisse bezeichnet wird, ist ein Teil der englischen Presse anderer Meinung und der „Manchester Guardian“ schreibt: „Der Kaiser wäre besser mit sich zu Räte gegangen, wenn er abgedankt hätte. Es ist für einen Autokraten niemals leicht, sich in einen verfassungsmäßigen König zu verwandeln, und bei den hier gegebenen Umständen kommt noch die Schwierigkeit hinzu, daß das Ausland von der verfassungsmäßigen Renonciation nicht überzeugt ist.“ Wilson hat deswegen erklärt, daß er mit den Hohenzollern nicht verhandeln will. Prinz Max von Baden wird zweifellos auf Grund der neuen Staatsgesetze antworten, daß eine Notwendigkeit der Beseitigung der Hohenzollern nicht besteht, und daß der Kaiser und nicht der Kaiser der Vertreter des Volkes sei, und daß auch der Kaiser die Verhandlungen führen wird. Jeder Zweifel in dieser Angelegenheit würde aber beseitigt sein und das größte Hindernis, das in Wirklichkeit für das Zustandekommen eines Friedens besteht, würde aus der Welt geschafft sein, wenn der Kaiser abgedankt hätte. Das ist ihm sowohl von der Sozialdemokratie wie auch von anderer Seite zu verstehen gegeben worden, und es ist ein Unglück, daß er sich diesen Wink nicht zu Herzen genommen hat.

Die „Daily Mail“ über Kaiser Wilhelm — einst und jetzt.

Bern, 5. Nov. Die „Nation“ ist so boshaft, folgende Äußerung über Kaiser Wilhelm aus der englischen Presse auszugraben:

Welche Streitsfälle auch immer zwischen Deutschland und England entstehen mögen, niemals werden wir aufhören, Kaiser Wilhelm zu bewundern. Jede Verminderung seiner Tätigkeit wäre ein ausgesprochener Verlust nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt. Denn, obwohl er uns gelegentlich Anlaß zur Besorgnis geben mag, so besitzt er doch in unvergleichlicher Maße die anregenden Eigenschaften, die selbst seine Gegner und Kritiker davor behüten, sich in trüger Sicherheit zu wiegen. Er hat uns aus Tatkraft zu reger Arbeit geweckt. Wir brauchen den Kaiser, wie ihn Deutschland braucht, und hoffen, daß er noch lange in der Lage ist, uns daran zu erinnern, daß die Welt für den Tüchtigen und nicht für den Faulpelz und den Feigling da ist.

Diese Sätze standen in einem Blatt, dem heute kein Schimpfwort zu gemein ist um es gegen den Kaiser zu schleudern. Sie standen in der „Daily Mail“ vom 20. Juni 1910.

Russische Umtriebe in Berlin.

Revolutionäre Flugblätter des Volksaufstandes.
Berlin, 5. November.

Am 4. November, abends, traf von Moskau kommend der Kurier der kaiserlichen diplomatischen Vertretung der Sowjet-Regierung auf dem Bahnhof Friedrichstraße ein. Bei dem Heruntertragen des Gepäcks vom Bahnsteig wurde eine der Kisten durch einen Koffer beschädigt, so daß darin befindliche Papiere auf den Boden fielen. Diese Papiere waren, wie sich herausstellte, in deutscher Sprache gedruckte Flugblätter, die die deutschen Arbeiter und Soldaten zu blutigem Umsturz auffordern. Die Flugblätter, das von der Gruppe „Internationale“ (der Spartacusgruppe) unterzeichnet war, enthält einen Aufruf zum Revolutionskampf, während ein anderes Flugblatt die näheren Anweisungen für diesen Kampf gibt, zum Mord und Terror auffordert.

Auf Ansuchen der Bahnbehörde wurde das gesamte Kuriergepäck in einem geschlossenen und bewachten Raum sichergestellt und das kaiserliche Amt benachrichtigt, um diesem die Untersuchung und weitere Behandlung der Angelegenheit zu ermöglichen.

Schon seit längerer Zeit wird in der deutschen Presse darauf hingewiesen, daß die Berliner russische Volkspartei der Mittelpunkt einer bolschewistischen Propaganda sei, die sich immer mehr verstärkt und über das ganze Reich ausbreitet. Es war nur schwer, für die an Gewisheit grenzende Wahrscheinlichkeit einen unumstößlichen Beweis zu erbringen. Das kam auch in einer halbamtlichen Mitteilung zum Ausdruck, die sich kürzlich mit dieser Angelegenheit beschäftigte. Jetzt ist der Beweis erbracht und man darf sicher sein, daß die Regierung die unbedingt notwendigen Maßnahmen ergreift, um diesem verbrecherischen Treiben auf deutschem Boden ein Ende zu machen.

Die Auflösung Österreichs.

Kämpfe zwischen Polen, Tschechen und Ukrainern.

Wien, 5. November.

Um das Erbe Mit-Osterreichs ist bereits der Streik entbrannt. Nachdem Kaiser Karl den Oberbefehl über das Heer niedergelegt und damit gleichsam den Zusammenbruch besiegelt hat, bilden sich überall nationale Truppen, die schnell für ihren neugegründeten Staat einzubeziehen suchen, was möglich ist. So haben sich die Tschechen Lemberg und Przemyśl bemächtigt, so erklären sie jetzt, daß ganz Österreich-Schlesien als tschechisches Gebiet zu betrachten sei. Dazu aber gesellen sich jetzt als Feinde der Polen die Ukrainer, die das Gebiet von Cholm für sich beanspruchen. Aber auch Galizien will von den gegenwärtigen Polen nichts wissen. Es will vielmehr autonom bleiben bis eine neue Regierung gewählt ist. Endlich wäre noch zu erwähnen, daß Borarlberg aus dem Verbande der ehemaligen Gabsbüren Monarchie ausscheiden und in die Schweiz eingegliedert werden will.

Die Wahlen für den Soldatenrat.

In Wien fanden am Montag bei allen Truppenkörpern die Wahlen für den Soldatenrat statt. Jede Unterabteilung wählte zwei Soldatenräte, welche Beschwerden der Soldaten an den Staatssekretär für Heerwesen weiterleiten werden. Die Wahlen, denen Ansprachen vorausgingen, vollzogen sich in aller Ruhe.

In Deutsch-Böhmen.

Am 3. d. Mts. wurde in Komotau das Ständrecht proklamiert. Tags vorher bis in die späte Nacht und auch Sonntag vormittag wurden die staatlichen Anlagen geplündert und die Waren verschleppt. Es gab große Hungerkrawalle. Dann ist es endlich der Behörde gelungen, der Massen Herr zu werden. — Der Schaden, der durch die Plünderungen und Brandstiftungen bei den letzten Krawallen in Lausitz verursacht wurde, beträgt über 40 Millionen.

Die tschechische Mobilmachung.

Wie das tschechische Pressebureau mitteilt, sind für den ganzen tschechisch-böhmischen Staat einschließlich Deutsch-Böhmens Musterungen ausgeschrieben. In dem Aufruf heißt es: Alle Militärvollziehungen bis zum 28. Lebens-

jahre werden, sofern sie ihrer militärischen Dienstpflicht nicht genügen, aufgefördert, ihren Dienst bei ihren Formationen anzutreten oder sich bei den zuständigen Konfiskationskommissionen zu melden. Die tschechische Presse läßt deutlich erkennen, daß es sich um eine Spitze gegen Deutschland und möglicherweise einen Einfall ins Reich zur Unterstützung der Entente handelt.

Der Aufenthalt der Reichsdeutschen in Österreich.

Die deutschen Staatsangehörigen werden, soweit sie nicht zur kaiserlichen Armee und Marine zählen, von den Bedingungen des zwischen Österreich und der Entente geschlossenen Waffenstillstandes nicht betroffen. Auch die wehrfähigen reichsdeutschen Zivilisten können in Deutsch-Österreich bleiben, solange sie nicht durch das Wiener Konfiskat andersweitig verhandelt werden.

Ungarn neutral.

Ministerpräsident Graf Karolyi empfing die Redakteure der Budapest Tageblätter, denen er mitteilte, daß die ungarische Regierung sich am 1. November selbständig zur sofortigen Waffenstreckung entschlossen habe, wobei die Regierung in Rücksicht zog, daß die von der Entente geforderten Bedingungen sich von einer Waffenstreckung nur formell unterscheiden. Vom 1. November an ist Ungarn ein neutraler Staat.

Ministerpräsident Graf Karolyi begibt sich mit mehreren Mitgliedern des Nationalrates nach Padua, um mit General Diaz Friedensverhandlungen zu beginnen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Das neue bayerische Ministerium wird sich folgendermaßen zusammensetzen: Es bleiben von bisherigen Ministern der Minister des Innern v. Dandl, der Minister des Innern v. Brettreich, der Kriegsminister v. Silling, der Kultusminister v. Knilling. Es treten neu ins Ministerium die Centrumsabgeordneten Held als Stellvertreter des Vorsitzenden im Ministerrat, Frank als Verkehrsminister, Beck als Finanzminister, der Liberale Casselmann als Justizminister; den neu geschaffenen Posten als Minister für soziale Fürsorge erhält ein Sozialdemokrat, der Abgeordnete Linn oder Segitz, erster Vertreter dieses Ministers wird wahrscheinlich der Centrumsabgeordnete Oswald. Als liberaler Minister ohne Portefeuille wird der Abgeordnete Müller (Reiningen) genannt.

Dem Reichstag ist ein dritter Nachtrag zum Reichsstaatsgesetz für das Jahr 1918 zugegangen, der abermals einen Kredit von 15 Milliarden Mark nachsucht. Der letzte Kriegskredit wurde vom Reichstage Anfang Juli dieses Jahres bewilligt. Die Kriegsschuld belief sich damals auf 130 Milliarden Mark, zu denen jetzt 15 weitere Milliarden hinzukommen, so daß die gesamten Kriegskredite sich damit auf 145 Milliarden Mark belaufen. Durch Anleihen waren Ende April dieses Jahres, nach der Zeichnung der achten Kriegsanleihe, etwa 87,5 Milliarden Mark gedeckt. Dazu tritt nun noch die neunte Anleihe, deren Ergebnis noch aussteht. Ein vierter Nachtrag fordert zur Bestreitung einmaliger außerordentlicher Ausgaben die Summe von 100 Millionen Mark im Wege des Kredits an. Sie sollen zur Gewährung von Baufostenaufschlägen dienen. Der Zusammentritt des Reichstags wird sich noch um einige Tage verschieben.

Spanien.

Nach übereinstimmenden Nachrichten steht Spanien vor einer ersten innerpolitischen Umwälzung. Aus englischen und französischen Quellen wird gemeldet, daß der Sturz der Regierung nur noch eine Frage von Tagen ist. Als einziger Ausweg für die Monarchie erscheint die Bildung eines ultrademokratischen Kabinetts, wahrscheinlich unter Romanones, das gleich bei Regierungsantritt wichtige Verfassungsänderungen beantragen werde. Allen Anschein nach schürt England wieder einmal einen Konflikt, um in Spanien leichtes Spiel zu haben.

Polen.

Der Konflikt zwischen Regenschaftsrat und Ministerium ist zunächst zugunsten des letzteren entschieden worden. Infolge des Auftrages, den der Ministerrat veröffentlicht hat und der zur Bildung einer nationalen Regierung aus Vertretern der arbeitenden Klassen aufforderte, hat der Regenschaftsrat kurzerhand das Ministerium entlassen.

Rote Rosen.

Roman von H. Courths-Mahler.

36. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Ihr Gesicht verzerrte sich, ihre Augen lächelten. Liebe und Haß zerrissen ihre Seele. Aber nur der Haß war echt. Ihre Liebe war es nicht, sie war nicht rein und selbstlos, wie es wahre Liebe ist. Es war mehr begehrende Leidenschaft, ein egoistisches Brennen des Wunsches. Wie ermattet von ihren wilden Gedanken sank sie in sich zusammen und stieß sich über die Augen, als müßte sie qualende Bilder fortjagen. Und dann erhob sie sich matt und tastete nach der Klingel, um einen Diener herbeizurufen. Als er erschten, fragte sie hastig in sprödem Tone:

„Ist der Herr Graf zurückgekehrt?“

„Nein, Eure Gnaden. Der Herr Graf haben telefoniert, daß man ihn erst um sieben Uhr mit Graf Henning erwarten soll.“

„Gut. Bringen Sie den Tee!“ befahl sie.

Der Diener verschwand.

Gräfin Gerlinde wanderte wieder auf und ab, bis der Diener den Tee brachte. Sie nahm eine Tasse davon, trank und ließ, um die Mattigkeit ihrer Glieder zu bekämpfen. Ein Bild in den venezianischen Spiegel zeigte ihr, wie blaß und entsetzt sie aussah. Sie erschrak.

„Ich muß ruhig werden, muß ohne solche Erregungen auf mein Ziel lossteuern. Solche Kämpfe und Aufregungen untergraben die Schönheit. Und ich muß schön sein, wenn ich siegen will.“ dachte sie. Sie rang sich zur Ruhe und trat an das Fenster, um eine Weile draußen die Residenz auf der Promenade zu betrachten. Ein Hofwagen fuhr vorbei mit dem Erbprinzen und seinem Erzieher. Verschiedene Equipagen folgten. Das alles zog schemenhaft an ihr vorbei. Aber sie wurde ruhiger dabei und gewann ihre Selbstbeherrschung zurück.

Und dann begab sie sich in ihr Toilettezimmer. Sie wollte sich heute selbst überlassen. Kritisch betrachtete sie sich wieder im Spiegel. Die Bräuterei mußte

Ob damit aber die Krise beendet ist, erscheint fraglich. Die Parteien der Linken bestanden darauf, Polen als Volksrepublik auszurufen und ein Ministerium aus den Parteien der Linken zu bilden, das den Staat konstituiert soll.

Rußland.

In einer Note macht Tschitscherin den Verbündeten Friedensvorschläge. Das Dokument, das den neutralen Konsuln überreicht wurde und an die Regierungen Englands, Frankreichs, Italiens, Japans und der Vereinigten Staaten gerichtet ist, hat folgenden Wortlaut: „Ihrem Wunsche folgend, den bewaffneten Konflikt zwischen den russischen Truppen und denen dieser Mächte ein Ende zu machen, schlägt die russische Regierung vor, Verhandlungen zwecks Beendigung dieses Konfliktes einzuleiten und fragt demgemäß an, wann und wo die Vertreter beider Seiten zu diesem Zwecke zusammentreten könnten.“

Kurland.

Die Furcht der Balten vor dem Völkchwidmud wächst mit jedem Tage mehr. Dem Oberbefehlshaber der in Kurland liegenden 8. Armee ist vom Vereinigten Landesrat von Ostland, Estland, Lettland und Kurland ein Schreiben ausgegangen, in welchem unter Hinweis auf die entsetzlichen Greuelthaten der Völkchwidmud in den von den deutschen Truppen entblöhten Gebieten um Schutz und um Aufschub des Truppenabmarsches gebeten wird. Das Armeekommando wird gebeten, das Gesuch in Berlin zu befürworten. — Der Vereinigte Landesrat wird demnächst eine Verfassung für das Baltenland ausarbeiten und die Wahl einer vorläufigen Landesregierung vornehmen.

Rus-In- und Ausland.

Berlin, 5. Nov. Die verläutet, steht ein Wechsel im Staatssekretariat des Reichswirtschaftsamtes bevor. Hr. o. Stein beabsichtigt zurückzutreten.

Berlin, 5. Nov. Geheimrat Dr. Deutler, der Leiter der Reichsbeleidungsstelle, wird Ende des Jahres aus Gesundheitsrücksichten seinen Posten verlassen.

Der Krieg.

Befürchtungen in Bayern.

Alle über die Waffenstillstandsbedingungen für Österreich-Ungarn bisher vorliegenden bayerischen Presseäußerungen drücken die schwersten Befürchtungen für das ferndeutsche Land zwischen dem Brenner und Vosen aus und erachten die Gefahr eines feindlichen Vormarsches durch Österreich schon für jetzt, nicht erst für das Frühjahr als gegeben. Daß nach den Bedingungen des Waffenstillstandes für Österreich trotz des formellen Protestes, der anstandslos von Österreich-Ungarn eingelegt worden ist, das gesamte Gebiet dieses Reiches als Aufmarschterrain gegen Deutschland und dessen bayerisch-sächsisch-schlesische Grenze verwendet wird, unterliegt keinem Zweifel. In dessen sind alle notwendigen militärischen Maßnahmen getroffen. Die Reichsregierung, die über die Folgen dieses Waffenstillstandes für Deutschland eingehend beraten hat, warnt deshalb vor Unruhen und Überstürzung und versichert, daß in der militärischen Lage kein Anlaß zur Überstürzung gegeben ist.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 5. Nov. Auf Einladung der Obersten Deeresleitung begibt sich heute eine Anzahl Reichstagsabgeordneter der Mehrheitsparteien auf etwa vier Tage an die Front. Die Abgeordneten sollen dort aus eigener Anschauung die Lage kennenlernen und, soweit es möglich ist, auch durch Ansprachen an die Truppen diese über die neue Lage in der Heimat aufklären.

Budapest, 5. Nov. Der Kriegsminister hat angeordnet, daß die Ungarn durchgehenden deutschen Truppen nicht zu entwaffnen, sondern mit voller Ausrüstung und Bewaffnung ungehindert weiter zu befördern sind.

Genf, 5. Nov. Die Fortsetzung der Blockade Österreich-Ungarns ist laut einer Soosabnote dagegen gerichtet, daß Deutschland indirekt von Zufuhren profitieren könnte.

Bern, 5. Nov. An der Kriegskonferenz der Verbündeten nahm gestern zum ersten Male ein tschechischer Bevollmächtigter teil.

Zürich, 5. Nov. Der rumänische Vertreter in Amerika hat dem Staatssekretär Lansing eine Note überreicht, in der Rumänien die Abgabe von Transilvanien fordert.

Rotterdam, 5. Nov. Die Rotterdamische Passagierlinie wird in den nächsten Tagen mit Dampfern Tausende von Flüchtlingen nach Frankreich zu befördern.

dreimal geändert werden, ehe sie zufrieden war. mit Jostas reichen Flechten zu konfekturieren war schwer.

Auch sonst war sie schwer zufriedenzustellen heute und betrachtete sich immer wieder.

Nach war sie schön — noch konnte sie neben Josta bestehen. Aber wie lange noch — dann begann sie zu verblühen. Ihre schönsten Jahre hatte sie an der Seite eines Mannes verbracht, den sie nicht liebte und den sie abwechselnd mit ihren Lachen und ihrer Gleichgültigkeit gequält hatte. Graf Rodus hatte wirklich, wie Baron Rodus so drastisch zu seiner Gattin gesagt hatte, nichts zu lachen gehabt in seiner Ehe mit der schönen Gerlinde. Aber daran dachte die Gräfin nicht. Für sie kam nur in Betracht, daß sie geduldet hatte; sie redete sich ein, daß sie ihre Jugend nutzlos vergeudet hatte, ohne etwas dafür einzutauschen.

Der Gedanke, daß sie dreißig Jahre zählte, während ihre Nebenbuhlerin fast zehn Jahre jünger war, quälte sie immer wieder.

Kleingütlich forschte sie in ihrem Antlitz nach leisen Spuren des nahenden Verfalls. Gottlos — noch war nichts zu entdecken. Noch war ihr Teint zart und frisch, die Bäume noch weich und rein. Nur um den Mund hatten die letzten Tage einen etwas scharfen Zug gegraben, und in den Augenwinkeln saßen winzige Faltchen. Das mußte Hanna unbedingt durch Massage wieder vertreiben.

Auge in Auge mit ihrem Spiegelbild sagte sie allerlei Josta feindliche Entschlüsse.

Und immer wieder seufzte sie verstoßen auf. Graf Rainer hatte auf dem Bahnhof seinen Bruder Henning empfangen und sie hatten sich innig und herzlich begrüßt. Arm in Arm gingen sie, während Graf Henning lustig plauderte, zu dem wartenden Wagen. Seinem Burken, der zugleich sein Kammerdiener war, gab Graf Henning Auftrag wegen seines Gepäcks, und dann fuhren die Brüder davon.

Sie hatten sich viel zu erzählen, und ehe sie sich's versah, hielt der Wagen vor Pakis Ramberg. Hier trennten sie sich, sobald Graf Hennings Gepäck eintraf.

„Wenn du fertig bist mit Umkleiden, Henning, dann kommst du wieder zu mir herüber. Vielleicht

Italiens Deute.

Der Waffenstillstand mit Österreich-Ungarn.

Die Karte veranschaulicht das Gebiet, das jetzt nach den Waffenstillstandsbedingungen von Österreich-Ungarn abgetrennt und von der Entente, d. h. von Italien besetzt wird. Dabei ist zu beachten, daß das Gebiet, das Italien sich jetzt aneignet, weit über das italienische Sprachgebiet hinausreicht. In Südtirol (im Gebiet der Etsch und Eisack), im Küstenland (östlich von Triest) wie in Kärnten



Von Österreich-Ungarn geräumtes Gebiet.

und es deutsche Sprachgebiete, die im Widerspruch mit den berühmten 14 Punkten Wilsons den Italienern zu fallen. An der dalmatinischen Küste endlich ist die Bevölkerung fast durchgängig südslawisch. Auch hier also bricht Italien in ein fremdsprachliches Gebiet ein und vergrößert selbst in den wenigen Städten italienischen Sprachgebiets anscheinliche Minderheiten. Glaubt Wilson, daß hier die Grundlagen für einen dauernden Frieden geschaffen worden sind?

Vom Tage.

Kein englisches Friedensangebot 1916.

Adin, 5. Nov. Von „unbedingt maßgebender Regierungskreise“ erfährt die Adin. Volksstg.: Die Gerüchte von einem englischen Friedensangebot im Jahre 1916, das von Deutschland abgelehnt worden sei, verneine ich entschieden. Wenn ein solches Angebot vorläge, würde ich es sicher, denn bei meinen nahen Beziehungen zum früheren Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hätte ich sicher Kenntnis davon erhalten. Es ist nicht nur kein Friedensangebot, sondern nicht einmal der leiseste Friedensschritt von England erfolgt.

Ein Ultimatum an Deutschland?

Genf, 5. Nov. Savas verbreitet eine Nachricht des „Ostberber“, nach der die Waffenstillstandsbedingungen der Entente ein Ultimatum über die Friedensforderungen bis zu einem bestimmten Tage enthalten würden. Nach Ablauf dieses Termins, ohne daß Deutschland eingewilligt hätte, würden diesem alle Kriegskosten auferlegt werden.

Schärfen sechs Wochen Waffenstillstand.

Basel, 5. Nov. Nach einer Londoner Meldung erklären maßgebende Militärkreise, der Waffenstillstand werde höchstens eine Zeit von sechs Wochen umfassen.

Verfallter Einigung über Wilsons Punkte.

Genf, 5. Nov. Der Londoner Korrespondent des Haager „Nieuwe Courant“ meldet: Ich erfahre, daß eine befriedigende Übereinstimmung in Versailles erzielt worden ist, und zwar auf die 14 Punkte. Die Bekanntmachung der Bedingungen des Waffenstillstandes kann jede Stunde erwartet werden.

Keine Bekanntgabe der Waffenstillstandsbedingungen.

London, 5. Nov. Auf eine Anfrage im Unterhause über die Verfallter Einigung erklärte Lord Curzon: Ich kann eine sehr baldige Bekanntgabe der Bedingungen nicht in Aussicht stellen, die zudrüberst den Vereinigten Staaten mitgeteilt werden müssen. Ich glaube nicht, daß ich etwas sagen kann, bevor sie auch der Deutschen Regierung bekannt sind.

bleibt uns dann noch ein Viertelstündchen zum Plaudern. Wir haben uns noch so viel zu sagen“, sagte Graf Rainer.

„Das glaube ich auch, Rainer. Ich schüttle schnell den Reifstaub ab und kleide mich für den Besuch beim Minister um. Sag mal — kann ich denn deiner Braut so ohne weiteres am späten Abend ins Haus fallen, ohne vorher Besuch gemacht zu haben?“ fragte Henning lächelnd.

Wohlgefällig sah ihn der Bruder an. Sie sahen einander sehr ähnlich, nur waren die Bäume Graf Rainers markanter und fester; er sah bedeutender und interessanter aus. In Graf Hennings Gesicht hatte das Leben noch keine Runnen gezeichnet. Seine Augen lachten und funkelten, als habe sich die Sonne darin gefangen. Unbedingt war er auch eine sympathische, männliche Erscheinung, und er versprach seinem Bruder mit den Jahren noch ähnlicher zu werden. Gemeinsam hatten die Brüder die guten, warmen Augen und das energisch vorspringende Kinn, auch Graf Henning trug keinen Bart.

„Du kannst gewiß, Henning. Erstens mal kennst du sowohl meine Braut als auch ihren Vater seit langen Jahren, und zweitens sind wir doch nun eine einzige Familie. Gerlinde wird uns übrigens begleiten. Vielleicht sagst du ihr gleich guten Tag, wenn du dich umgezogen hast. Aber halt dich nicht lange bei ihr auf, damit wir noch etwas voneinander haben.“

„Selbstverständlich! Du weißt ja, Gerlinde und ich, wir haben uns nicht viel zu sagen. Wir sind jazusagen Antipoden.“

„Das begreife ich nicht, Henning, sie ist doch eine so scharmante Frau.“

„Am! Was sein! Aber nicht mein Geschmack. Also auf Wiedersehen nachher, mein Alter.“

Damit verließ Graf Henning seinen Bruder und begab sich in seine Zimmer. Während er sich umkleidete, pfiff er vergnügt die neuesten Berliner Schlager vor sich hin, und er verkehrte mit seinem Diener in einem gemütlich scherzhaften Ton.

„So, Gräber, nun machen Sie mich mal schön, verstanden! Uniform natürlich. Also — liegt schon bereit. Na ja, Sie sind ein Patenkerl. Also dann, mein Sohn.“

Die Tische der Entente angeschlossen.

Genf, 5. Nov. Der „Temps“ meldet, der tschechische Staat habe sich der Entente angeschlossen. Der tschechische Vertreter habe zum ersten Male an den Verhandlungen der Entente teilgenommen.

Neue Bedingungen Japans für das Kriegsende.

Genf, 5. Nov. Aus New York melden die „Times“, die Japan über die Friedensziele würde dadurch verzögert, Japan mit neuen Bedingungen für die Zeit nach dem Krieg zu verhandeln. Dadurch wurden neue Beratungen der Entente notwendig.

Hollands Grenze für belgische Flüchtlinge gesperrt.

Genf, 5. Nov. Die holländische Regierung hat auf den der öffentlichen Gesundheit die vorläufige Schließung der Grenze für die aus Belgien kommenden Flüchtlinge angeordnet.

Polnische Aufforderung an die deutsche Regierung.

Warschau, 5. Nov. Das vom Regimentsrat entsandene, anscheinend nicht vom Vollen gewählte polnische Komitee hat an die deutsche Regierung die kategorische Forderung gerichtet, die Okkupationsstruppen bis zum 15. November Wlask zurückzuziehen.

Die polnische Armee von Amerika anerkannt.

Washington, 5. Nov. Die Vereinigten Staaten erkennen die polnische Armee als autonom und kriegsführend unter der Autorität der neuen polnischen Regierung an.

Der Ruthenenkrieg gegen Polen.

Warschau, 5. Nov. Diese Blätter bringen die Nachricht, die ostgalizischen Städte Luck, Blazkow und Kamenez, die zum polnischen Besitzstande in Galizien gehören, von ruthenischen Truppen besetzt worden sind. Weiterhin vertritt, daß von ukrainischer Seite eine zweite gegen Polen gerichtete strategische Angriffsfront geschaffen worden ist, die Kiew nach Duman führt.

Engländer sollen Konstantinopel besetzen.

Kopenhagen, 5. Nov. „Nationaltidende“ meldet aus London, daß die Besetzung Konstantinopels durch englische Truppen bevorsteht. Die englische Armee in Mesopotamien ist für die Expedition gegen Russland in Aussicht genommen.

Die deutschen Vertretungen in Wien.

Wien, 5. Nov. Die diplomatischen Vertreter des Deutschen Reichs, Danerns und Sachsens werden einmütig auf ihren Posten hieselbst bleiben. Sie werden nur dann abreißen, wenn eine Besetzung Wiens durch Entente-Truppen in Frage kommt.

Keine Besetzung Wiens.

Wien, 5. Nov. Die Entente hat sich ausbedungen, alle militärischen Punkte Deutsch-Osterreichs vorbehaltlos zu besetzen. Da aber die Alliierten in der letzten Zeit den Standpunkt eingenommen, daß Wien kein strategischer Punkt sei, dürfte die Besetzung der Stadt solange nicht in Frage kommen, als Ruhe und Ordnung in Wien aufrechterhalten bleibt.

Abreise der deutschen Beamten aus Budapest.

Budapest, 5. Nov. Sämtliche bisher hier etabliert gebliebenen reichsdeutschen Militärbehörden sind mit einem Zug nach Passau abgegangen. Gegenwärtig sind nur noch zwei reichsdeutsche militärische Amtsstellen in Budapest, die jedoch durch Zivilbeamte versehen werden, und zwar ein Bahnhofs-Kommando und das sogenannte Überwachungs-Kommando, welche die Aufgabe haben, die von der Passauer zurückkehrenden deutschen Soldaten nach ihrer Heimath zu befördern.

Die Entente-Truppen Ungarns Freunde.

Budapest, 5. Nov. Der ungarische Kriegsminister erklärte, daß die abgeschlossenen Waffenstillstände, daß die Neutralisationslinie die ungarische Landesgrenze sein werde. Wahrscheinlich werden französische und englische Truppen nach Ungarn kommen. Die fremden Truppen können als Freunde, nicht als Sieger, denn nicht das ungarische Volk, sondern das ungarische Regimentsregiment sei besetzt worden.

Fluchtversuche aus Vorarlberg nach der Schweiz.

Bern, 5. Nov. Gestern und heute versuchten zahlreiche Personen aus Vorarlberg nach der Schweiz zu gelangen. Die Grenzen sind aber geschlossen, so daß viele versuchten, die Rheinlinie zu durchschneiden, um nach der Schweiz zu kommen. Das wurde ihnen aber von den Grenzorganen so wie unmöglich gemacht. Die Lebensmittelzufuhr nach Vorarlberg hat bereits aufgehört. Die Not soll in einigen Tagen bereits sehr groß sein.

Schnell war sein Anzug begeben, und aus dem Logen sah ihm ein schneidender, blühender Gardesoldat entgegen. Noch ein Hund am Abgang, dann schied er militärisch leicht und schritt hinüber nach den Zimmern der Gräfin Gertrude. Er hatte anfragen, ob er sie begraben dürfe, und sie hatte ihm einen laffen, sie werde sich freuen.

Sie war schon in voller Abendtoilette und trug ein ganz weißes, mit fallendem Seidentüll mit kleinem Aufschnitt und bauschigen Vornamen. Es schmeckte sich im schönen Fall um ihren jüdischen Körper und hatte eine kleine Schleife. Sie sah wunderschön aus in ihrer vornehmen, eleganten Robe, die trotz der schmerzhaften Schlächtheit sehr kostbar war. Als Schmutz trug sie ein den feinen Hals knapp umgebendes mehrfarbiges Perlenband aus ihrer eigenen Schmuckkassette. Diese Perlen waren aber viel kleiner und weit weniger wertvoll als die zum Familien-Schmuck gehörige Perlenkette.

Graf Henning sah stützlich frapportiert auf die blendende Erscheinung und dachte an den:

Heute erschien sie ihm etwas angenehmer und menschlicher, als in ihrer imponierenden Trauervogel. Ein heiterer Sinn war schon viel empfänglicher für das leichte, festliche Weiß, und für Frauenschönheit war er nicht blind.

Er küßte ihr galant und ritterlich die Hand, während er sich, die Haden zusammenschlagend, vor ihr verneigte.

„Ich freue mich, dich wiederzusehen, lieber Vetter.“ sagte die Gräfin scheinbar gut gelaunt. Es war ihr nicht entgangen, daß ihr Anblick ihn blendete, und daß sie freute sie.

„Die Freude ist auf meiner Seite, Gertrude. Wir haben uns lange nicht gesehen.“

„Leider; du bist dich in Hamburg sehr rar gemacht. Wie es dir geht, brauche ich nicht zu fragen. Du siehst aus, wie das lachende Leben selbst.“

(Fortsetzung folgt.)

Graf Schwerin-Löwisch †.

Hans Graf v. Schwerin-Löwisch, der ein Alter von 71 Jahren erreicht hat, machte als Offizier die Feldzüge 1866 und 1870/71 mit, nahm aber als Rittmeister 1881

den Abschied, um sich der Bewirtschaftung seines Stammgutes Löwisch zu widmen. Zugleich stellte er seine von den Gegnern neidlos anerkannte ungeheure Arbeitskraft in den Dienst der Allgemeinheit. Der deutschen Landwirtschaft war er ein liebevoller Förderer und ein temperamentvoller kennntnisreicher Führer. Schon frühe ward er Präsident des deutschen Landwirtschaftsrates und des preussischen Landesökonomie-Kollegiums. Seit 25 Jahren stand der Verstorbenen im politischen Leben. Seit 1893 gehörte er dem Reichstag, seit 1897 dem preussischen Abgeordnetenhaus als Mitglied der deutschkonservativen Partei an, und hier wie dort fiel ihm schnell eine führende Rolle, insbesondere in agrar- und handelspolitischen Fragen zu. Nach dem Tode des Grafen Stollberg wählte ihn 1910 der Reichstag zum Präsidenten. Als im Oktober 1912 Freiherr v. Erffa starb, war Graf Schwerin der gegebene Präsident des preussischen Abgeordnetenhauses. Wie nur wenige Politiker hat Graf Schwerin-Löwisch es verstanden, sich die persönliche Achtung und die Wertschätzung seiner Kenntnisse auch bei Andersgesinnten zu erwerben.



Graf v. Schwerin-Löwisch.

Aus Nah und Fern

Herborn, den 6. November 1918.

* Das Eisene Kreuz 2. Klasse erhielt der Rationier Alfred Cunn aus Sinn.

* Vom holländischen Tabakmarkt wird der „Press.“ vom 30. v. Mts. geschrieben: „Das Reichstabsakburo hat gewisse Zigarrensorten, so wie Besten ausländischer Signer, für den Verkauf an die holländische Rauchtobakfabrikation freigegeben. Die damit unfassbar gewordenen beschränkten Mengen wurden zwischen 400/550. Cts. auf höchstem Stande der Kriegszeit bezahlt. Beeinflussen auch die Friedensmöglichkeiten greifbare Ware noch nicht, so hat sich doch das Interesse für sog. schwimmende Geschäfte, d. h. Abhandlungsläufe der auf Java und Sumatra aufgesetzten Ernten geboten. Der Wertungsunterschied zwischen greifbarer und schwimmender Ware bleibt gewaltig, in den untersten Preislagen im Verhältnis von 10 zu 1. Gegenüber den ausgekehrten Borräten in Europa steht als ganz ungewisser Faktor die finanzielle Aufwendungsfähigkeit bei den überall zu erwartenden riesigen Steuerlasten auf Tabak. Alle Theorien zerflattern gegenwärtig. Das erfährt auch die holländische Zigarrenindustrie zu ihrem Schaden. Fast das ganze Jahr hindurch ist in der Hauptsache auf Export gearbeitet, in der Hoffnung auf den hereinströmenden Goldregen, sobald die Ausfuhrsperr aufgehoben werden würde. Inzwischen hat sich auf dem Weltmarkt ein neuer Mitbewerber eingestellt — Brasilien, das von seinen bisherigen Abnehmern des Rohzeugnisses in Mitteleuropa abgeschnitten, selbst die Anfertigung von Zigarren aufgenommen hat und das sich des gesamten Absatzes an die alliierten Länder bemächtigen konnte, weil die holländischen Zigarren, aus den durch den Kettenhandel überkauften Tabaken hergestellt und mit den Zuschlägen der Exportzentrale belastet, wesentlich höher einsteht. Von den neutralen Staaten haben gerade die wichtigsten, Norwegen und Schweden, die Einfuhr im Interesse ihrer Handelsbilanz untersagt bzw. beschränkt. Endlich hat nun die niederländische Regierung auch die Ausfuhr nach Deutschland zugestanden, vorläufig soll 1/2 Milliarde Zigarren, d. h. 1/2 des in Holland befindlichen Borrats, herausgelassen werden. Es fragt sich jetzt, in welchem Umfang Deutschland, außer für Heereslieferung, die Einfuhr gestattet. Nach den gegenwärtigen Gesteuerpreisen sind in den holländischen Zigarrenvorrat schätzungsweise 300 Mill. Gulden hineingesteckt, damit ein erheblicher Teil des Betriebskapitals der Industrie.“

Koblenz, 4. Nov. Der Generalquartiermeister weist in einem Schreiben an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz darauf hin, daß die augenblickliche Kriegslage keinen Grund zur Beurlaubung für die Bevölkerung der Rheinprovinz bietet. Die von militärischer Seite eingeleiteten Erkundungen bezwecken lediglich, die Möglichkeit der Unterbringung militärischer Einrichtungen für den Fall zu prüfen, daß es zu einem Waffenstillstande und zur Räumung der besetzten Gebiete im Westen kommen sollte, wodurch naturgemäß wenigstens eine vorübergehende stärkere Belegung der westlichen Grenzgebiete bedingt werden würde.

Neuregelung der Kriegsfamilienunterstützung. Nach einer Bundesratsverordnung vom 28. September 1918 sind die Versorgungsverbände verpflichtet, aus ihren Mitteln eine Erhöhung der bis zum 1. Oktober 1918 gezahlten Familienunterstützung eintreten zu lassen, die spätestens vom 1. November

ab zu gewähren und deren Betrag je nach den örtlichen Verhältnissen zu bemessen ist. Bis zum Betrage von fünf Mark für jeden Unterstützten werden die neuen Zulagen vom Reiche erstattet. Damit ist eine weitere Verbesserung der Fürsorge für die Kriegsfamilien vorgenommen worden. Es beträgt nunmehr die Reichsunterstützung in ihrem Grundbetrag für eine Ehefrau 20 Mark und für ein Kind oder einen sonstigen Familienangehörigen 10 Mark im Monat. Dazu kommen die neuartigen Reichszuschüsse, die nach einer Bundesratsverordnung vom Herbst vorigen Jahres fünf Mark und der oben erwähnten wieder fünf Mark für jeden Unterstützten betragen, so daß also das Reich für eine Ehefrau bis zu 30 Mark und für ein Kind um bis zu 20 Mark im Monat aufwendet. Die Zuschüsse, die von den Gemeinden und Kreisen zu diesen Reichsbeiträgen geleistet werden, sind äußerst verschieden. In den Städten betragen sie etwa 100 bis 150 % der Reichsbeiträge, in den Landgemeinden sind die Zuschüsse meist nur wenige Mark im Monat. Immer wichtiger wird die Frage, in welchem Umfang den Kriegsfrauen, die eine Beschäftigung ausüben, der Arbeitsverdienst auf die Unterstützungsbeträge angerechnet wird. Nach einer kürzlich ergangenen Anweisung des Reichsfiskus sollen die Versorgungsverbände, bei Frauen, die ihre Pflicht in jeder Weise tun und womöglich trotz schwieriger häuslicher Verhältnisse sich durch Arbeit noch etwas hinzuverdienen, nicht engherzig verfahren. Die Unterstützung werde ihnen nicht etwa mit Rücksicht auf den Arbeitslohn ohne weiteres entzogen oder gekürzt werden dürfen. Als Grundlag werde für alle Versorgungsverbände gelten können, daß von dem Arbeitsverdienst der Kriegsfrauen bei Prüfung der Bedürftigkeit ein Teil, vielleicht 50 % überhaupt außer Betracht bleibt. Nach der gleichen Anweisung des Reichsfiskus soll aber auch mit einiger Strenge gegen jene Frauen vorgegangen werden, die arbeiten können, aber nicht wollen. Weigern sich Kriegsfrauen, die nach ihren häuslichen Verhältnissen abkömmlich sind und körperlich zu arbeiten vermögen, vor allem junge, alleinstehende Kriegsfrauen, eine Beschäftigung auszuüben, so werde angenommen werden können, daß sie dann auch der Familienunterstützung zum Durchkommen nicht bedürften. Selbstverständlich dürfe eine Entziehung der Unterstützung aus diesen Gründen erst eintreten, wenn die Kriegsfrauen auf ihre Pflichten und die angegebenen Folgen ernsthaft hingewiesen worden sind. In verschiedenen Orten, namentlich kleinen, wird diese Ermächtigung recht streng gehandhabt.

o Schutz der Kartoffeln gegen Fäulnis. Während der Dauer von Kartoffelkrankheiten hat man immer wieder festgestellt können, daß gesunde Kartoffeln, die vor dem Eintritt der Kartoffelkrankheit geerntet und in trockenen Kammern gegen das Grünwerden durch Einwirkung der Tageshitze mit Stroh, Säcken oder Tüchern bedeckt wurden, von der Krankheit größtenteils verschont blieben, und daß selbst bei angelegten Kartoffeln die Fäulnisstelle häufig verrottete, so daß die Fortleitung der Fäulnis durch die Trockenheit der atmosphärischen Luft gänzlich gehemmt wurde. Auf diese Art konnten selbst von der Krankheit befallene Kartoffeln noch zur Fütterung des Viehes oder zum Ausstreuen im Frühjahr benutzt werden, sobald sie noch mit gesunden Keimlingen versehen waren und die verrottete Fäulnisstelle sorgfältig ausgeschnitten wurde. Daraus ergibt sich, daß der Zutritt der atmosphärischen Luft das beste Schutz- und Heilmittel gegen die Fäulnis im allgemeinen und gegen die Kartoffelfäule im besonderen ist. Es versteht sich, daß nur die austrocknende Eigenschaft der Luft und die Abwesenheit von Wärme und Feuchtigkeit in der angegebenen Weise wirksam ist.

o 14 Personen im Eisenbahnwagen verbrannt. Nach einer amtlichen Meldung geriet Montagabend ein Wagen des Personenzuges 611 auf der Fahrt von Bülkingen nach Bux in Brand. Der Zug wurde zum Stehen gebrannt; doch war ein Böschchen des Wagens nicht mehr möglich, so daß der ganze Oberwagenkasten ausbrannte. Dabei verunglückten 14 Reisende tödlich, während etwa 13 Personen Verletzungen erlitten. Vermutlich ist Benzin oder anderer feuergefährlicher Stoff heimlich im Wagen mitgeführt worden.

o Reiseverkehr Deutschland-Osterreich. Die Grenzen zwischen Deutschland und Osterreich waren in den letzten drei Tagen gesperrt, sind aber nun wieder geöffnet worden. Der Reiseverkehr spielt sich an den Hauptübergangspunkten genau so ab wie vor der Umwälzung in Osterreich-Ungarn. Die Bahnrevision bei Tetschen wird noch durch f. k. österreichische Beamte durchgeführt, der weitere Verkehr nach Wien erfolgt ohne Behinderung. Der Schlafwagenverkehr von Berlin nach Wien erfolgt nach wie vor über Tetschen-Bodenbach. Auf der Linie Breslau-Oberberg verkehren nur Schnellzüge ohne Schlafwagen. Die Strecke Wien-Budapest ist gesperrt; es verkehren auch keine durchgehenden Wagen von Berlin nach Budapest.

o Volkshochschule Langensalza. Die Stadt Langensalza beschloß, nachdem zuvor in einer großen Versammlung die Grundlinien dafür aufgestellt worden waren, in Langensalza die erste Volkshochschule in Sachsen zu errichten.

o Vor die rechte Schmiede gekommen. In einer Wirtschaft in Hannover trat ein Unbekannter an einen Herrn heran mit der Frage, ob er eine elf Pfund schwere Wans für 80 Mark kaufen wolle. Er kam mit seinem Angebot jedoch an den Unrechten, denn der mit der Offerte Beehrte nahm den fliegenden Händler kurzer Hand fest und brachte ihn auf das nächste Polizeirevier, wo sich außerdem herausstellte, daß die Wans gestohlen war.

o Wasserweg zwischen Ost- und Westdeutschland. Die ostdeutschen Güter hatten vor dem Kriege sehr lebhaften regelmäßigen Dampferverkehr mit den westdeutschen Städten, mit den Häfen an der Weser, Elbe und am Rhein. Während des Krieges ist dieser Verkehr zunächst einige Zeit ganz eingestellt gewesen, und nachher auch nur in ganz geringem Umfang ausgeübt. Er wird jetzt aber wieder verbessert und in größerem Umfang zur Entlastung der Eisenbahn herangezogen werden. Der gesamte Frachtgutverkehr ist jetzt zwischen Westdeutschland und Ostpreußen auf die regelmäßigen Dampferlinien angewiesen. In ähnlicher Weise wird wahrscheinlich auch für einen Teil Westpreußens der Dampferverkehr mit dem Rheingebiet den Eisenbahnweg zu ersetzen haben.

OSRAM AZO

Gasgefüllte Lampen bis 2000 Watt

Auer-Gesellschaft
Berlin O 17

Geständnis des früheren Reichstagsabgeordneten Günther. Der verhaftete ehemalige Reichstagsabgeordnete Bahnspediteur und Ratsherr Günther aus Reidenburg, der seine Beteiligung an dem bekannten großen Schmuggelunternehmen in Reidenburg und Mawa bisher hartnäckig leugnete, und den ostpreussischen Zeitungen sogar mit Beleidigungsakten drohte, hat jetzt ein umfassendes Geständnis abgelegt, woraus klar hervorgeht, daß Günther als Hauptschuldiger in Betracht kommt. Nach seinem Geständnis unterbleibt Günther seit Jahren mit der Firma Baum, Berlin, und der Firma Gebrüder Henschel in Mawa rege unläutere Geschäftsverbindungen. Auf Anordnung des Untersuchungsrichters des Landgerichts Allenstein wurde auch der Inhaber der Berliner Firma Baum verhaftet.

Mord durch Hamsterer. In Balz a. O. wurde die 34 Jahre alte Frau Emma Konrad erwürgt aufgefunden. Die Nachforschungen ergaben, daß ein Mann und eine Frau am Ort gewesen waren und bei vielen Leuten nach Lebensmitteln vorgelassen hatten, dann zu der Frau Konrad gegangen sind. Weiter wurde festgestellt, daß sie von dort aus mit dem nächsten Zug in der Richtung nach Berlin abgefahren sind. Wahrscheinlich sind die Hamsterer mit der Frau in Streit geraten, in dessen Verlauf die Frau erwürgt wurde.

Königliche Schlösser als Lazarette. Wie schon seit Kriegsbeginn die Drangerie in Potsdam, so ist auch Schloss Charlottenburg jetzt für ein Kriegslazarett zur Verfügung gestellt worden. Weitere Schlösser, auch pringliche, in Potsdam und Berlin sollen folgen. Auch die königlichen Schlösser Herrenhausen bei Hannover, in Kassel, in Wiesbaden usw. sollen als Lazarette eingerichtet werden.

Keine Postverbindung mit dem Balkan. Wegen Unterbrechung der Postverbindung mit Rumänien, Bulgarien und der Türkei infolge Verkehrsstörungen außerhalb Deutschlands ist die Annahme von Privatpostsendungen nach diesen Ländern bis auf weiteres gesperrt.

Weihnachtspaketverkehr nach dem Felde. In der Zeit vom 3. bis 25. Dezember werden Pakete für das Feld, die über ein Militär-Paketamt geleitet werden sollen, zur Beförderung nicht angenommen. Weihnachtssendungen sind daher bis 2. Dezember einschließlich bei den Postanstalten aufzugeben. Für entfernter gelegene Gebiete wird möglichst frühzeitige Luftbeförderung empfohlen. Für Frachtpakete tritt eine Annahmeperrre nicht ein. Der Packverkehr wird durch diese Anordnungen nicht berührt.

Vorsicht bei Niederschriften von Kriegsteilnehmern. Von maßgebender Seite wird darauf hingewiesen, welche ernste Verantwortung Kriegsteilnehmer und ihre Angehörigen auf sich nehmen, wenn sie Kriegstagebücher oder sonstige Aufzeichnungen aus dem Felde nicht sorgsam verwahren und an nicht näher bekannte Personen zum Lesen oder Vervielfältigen aus der Hand geben. Es ist ein leichtes, aus solchen Schriftstücken Angaben von militärischem Wert zu gewinnen und sie zum Schaden der Landesverteidigung ins Ausland weiterzuleiten.

Letzte Nachrichten.

Die Sozialdemokratie und die Kaiserfrage.

Berlin, 6. Nov. (AU) In der heutigen Fraktions Sitzung der Sozialdemokratie steht in der Hauptsache die Frage der Abdankung des Kaisers auf der Tagesordnung. Die Aufstellungen der sozialdemokratischen Abgeordneten darüber gehen, wie das „Berl. Tgl.“ erzählt, auseinander, wenigstens insoweit, ob der gegenwärtige Augenblick geeignet erscheint, die Abdankung des Kaisers zu fordern. Vermutlich wird ein Kompromiß zustande kommen. Von bürgerlicher Seite wird darauf hingewiesen, daß das Programm der Mehrheitsparteien, auf das sich auch die neue Regierung gestellt hat, die Forderung der Abdankung des Kaisers nicht enthalten hat. Sowie es ist jedenfalls sicher, daß deshalb die heutige sozialdemokratische Fraktionsitzung für die innerpolitische Lage von grundlegender Bedeutung ist.

Die Vorgänge in Kiel.

Kiel, 6. Nov. (AU) Am Montag wurden Verhandlungen der Matrosen mit dem Gouverneur und Staatssekretär Hausmann als Vertreter der Regierung gepflogen, in denen ein Teil der Forderungen der Matrosen erfüllt wurde. Staatssekretär Hausmann sagte weitestgehend entgegenkommen zu. Es herrscht Ruhe und abgesehen von den bedauerlichen Vorgängen am Sonntag sind die Bewegungen so gut wie unblutig verlaufen.

Hamburg, 6. Nov. (AU) Die Kieler Ereignisse scheinen auch auf die Arbeiterschaft der Werften nicht ganz ohne Einfluß geblieben zu sein. Gestern morgen war auf den Werften, besonders unter den jüngeren Arbeitern eine Bewegung zu bemerken, die sich für einen Sympathiestreik erklärte. Die besonnenen Elemente behielten aber die Oberhand, und es erfolgte daher ohne Ausnahme auf sämtlichen Werften keine Arbeitsniederlegung. Jedoch wurden von den Arbeitern Ausschüsse gewählt, durch die den Arbeitsgebern verschiedene Wünsche unterbreitet wurden. In Wilhelmshaven ist es nicht zu Ruhestörungen gekommen. Auf den Schiffen und in der Stadt ist alles ruhig geblieben. Auch in Cuxhaven ist es in der Marine völlig ruhig geblieben.

Abreise des russischen Gesandten aus Berlin.

Berlin, 6. Nov. (AU) Der Berliner diplomatische Vertreter der russischen Sowjetrepublik N. Soffe, verläßt heute, wie die „Vossische Zeitung“ hört, mit dem gesamten Personal der Botschaft Berlin. — Da Deutschland seit längerer Zeit keine diplomatische Vertretung in Russland mehr hat, so sind augenblicklich die Beziehungen zur russischen Regierung abgebrochen. Wie das Blatt weiter hört, wollte Herr Soffe gestern nachmittag beim Staatssekretär Solf, der ihm die sofortige Abreise nahe gelegt hat. Auch die Berliner Stelle der russischen Telegraphen-Agentur Kosta ist gestern nachmittag aufgehoben worden.

Die Waffenstillstands-Bedingungen auf dem Wege nach Deutschland.

Zürich, 6. Nov. (AU) Die „Zürcher Morgenzeitung“ meldet aus New York vom Montag: Die Waffenstillstandsbedingungen sind nach Deutschland abgegangen.

Die Waffenstillstands-Bedingungen.

Amsterdam, 6. Nov. (AU) Die „Times“ melden aus Paris: Die Alliierten haben sich über die Bedingungen des Waffenstillstands geeinigt. Die Erfolge an der französischen Grenze lassen wenig Zweifel zu, daß Deutschland auf die Bedingungen eingehen wird.

Frankreichs Waffenstillstands-Bedingungen.

Zürich, 6. Nov. (AU) Wie London Blättern zu entnehmen ist, fällt die Verzögerung in den Waffenstillstandsvorschlägen der Entente auf den Widerstand Frankreichs zurück. Frankreich will nur unter der Bedingung in den Waffenstillstand einwilligen, daß die deutschen Truppen 30 Kilometer östlich des Rheins zurückgehen und Hamburg von den Engländern besetzt wird.

Persönliche Anteilnahme Wilsons an den Friedensverhandlungen.

Amsterdam, 6. Nov. (AU) Die „Times“ melden aus New York: Wilson scheint persönlich an den Friedensverhandlungen teilnehmen zu wollen.

Deutsch-Österreich.

Wien, 6. Nov. (AU) Die gestrigen Wiener Zeitungen sind angefüllt mit Genfer und Haager Telegrammen, die alle darin übereinstimmen, daß die Entente Nahrungsmittel senden wird und daß sie das Verbleiben des Kaisers nicht nur zuläßt, sondern geradezu wünscht, um Deutsch-Österreich von dem Anschluß an Deutschland abzuhalten. In einem Genfer Telegramm heißt es: Fortgesetzt erheben sich in Frankreich Pressbestimmen, die gegen die Auflösung Österreichs und gegen den Anschluß Deutsch-Österreichs an Deutschland nachdrücklich Verwahrung einlegen. Der „Gaulois“ findet, falls sich Deutsch-Österreich an Deutschland anschließen würde, habe dieses den Krieg nicht verloren, sondern gewonnen, was die Entente unbedingt verhindern müsse. Es ist auch tatsächlich die Ueberzeugung in Deutsch-Österreich, daß das gesamte deutsche Volk als Sieger hervorgehen werde, wenn die furchtbaren vier Jahre der Prüfungen endlich zu einer Einigung aller deutschen Stämme zur Freiheit auf bundesstaatlicher Grundlage führen würden.

Öffnung der Schelde-Schleusen.

Haag, 6. Nov. (AU) Von der holländischen Grenze wird dem „Lokalan.“ gemeldet: Die Deutschen haben die Schleusen der Schelde zwischen der Grenze und Blaamsch Hoofd bei Antwerpen durchstoßen. Das Land ist unter Wasser gesetzt.

Der Zusammenbruch an der Piave-Front.

Wien, 6. Nov. (AU) Der Berichterstatter der „Deutsch. Tagesztg.“ erzählt, daß die Piave-Front zu halten gewesen wäre, wenn die Slaven und Magyaren halbwegs ihre Pflicht getan hätten. Die deutsch-österreichischen Truppen der ersten Kampflinie standen und schlugen sich mit größtem Heldennut und wurden entweder ganz aufgerieben oder von der Uebermacht gefangen. Elend war seit Monaten die Verpflegung der deutsch-österreichischen Truppen, während die Slaven und Magyaren in Ueberfluß schwammen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Bed.

Bekanntmachungen der städtischen Verwaltung.

Gemüse-Versorgung.

Das bestellte Weißkraut wird morgen vormittag in der Zeit von 8—11 Uhr am Güterbahnhof ausgegeben.

Herborn, den 6. November 1918.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Wildabgabe und Wildhandel.

Bei den bevorstehenden Jagden wird auf folgende Punkte besonders aufmerksam gemacht:

1. Treibjagden dürfen nur abgehalten werden, wenn sie der Kreiswildstelle 2 Tage vorher angezeigt sind. Das voraussetzliche Streckenergebnis ist schätzungsweise hierbei anzugeben.

2. Jeder Jagdberechtigte ist verpflichtet, über das gesamte Ergebnis seines Jagdbetriebes einschl. der Anzahl, Such- und Treibjagden, genaue Listen zu führen, aus denen die Jagd, der Tag der Erlegung und der Verbleib des Wildes zu ersehen sein muß. Er ist ferner verpflichtet, den Polizeibehörden und der Kreiswildstelle auf Erfordern die Listen in die Listen zu gestatten.

3. Das auf Treib- und ähnlichen Jagden von einer Mehrheit von Schützen im Dillkreis erlegte Wild muß an die Kreiswildstelle in Dillenburg abgeliefert werden. Bei der Berechnung der einzelnen Teile macht es keinen Unterschied, ob Jagdberechtigter nur eine einzelne Person oder eine Mehrheit von Jagdpächtern ist. Der Jägeranteil ist stets nur einmal zu berechnen. Bei der Ablieferung muß auch auf das Gewicht Rücksicht genommen werden. Das Durchschnittsgewicht ist festzustellen und dadurch hat die Ablieferung zu erfolgen.

4. Bei gemischten Strecken von Schalen- und Niederwild ist der Jägeranteil je besonders zu berechnen. Der Jagdberechtigte darf von der Strecke solange nur ein Stück Schalenwild für sich behalten, als die Gesamtstrecke nicht so viel Schalenwild aufweist, daß bei reiner Drittelung ein volles zweites Stück auf ihn entfallen würde, was mithin erst bei einer Gesamtstrecke von 6 Stück Schalenwild der Fall sein würde. Die Höchstgrenze von 3 Stück Schalenwild für den Jägeranteil darf bei gemischten Strecken nicht überschritten werden. Sie steht dem Jäger zu, wenn 9 oder mehr Stück Schalenwild auf der gemischten Strecke liegen. In derselben Weise verbleiben vom Niederwild dem Jagdberechtigten solange nur 3 Stück, als die Gesamtstrecke an Niederwild nicht achtzehn Stück erreicht.

5. Mehrnägige Jagden ein und desselben Jagdberechtigten gelten in allen Fällen hinsichtlich der Abgabepflicht und Streckenverteilung als mehrere selbständige Jagden, ebenso Treibjagden zweier verschiedener Jagdberechtigten, die sich lediglich zusammengefaßt haben, um ihre beiderseitigen Jagdgebiete an einem Tage nacheinander von denselben Schützen und Treibern bezagen zu lassen.

6. Wenn der Jagdpächter das sogenannte zweite Drittel der Treibjagdstrecken nicht unmittelbar von der Strecke weg an Bewohner des Dillkreises veräußert, dann muß er das zweite Drittel der Jagdstrecke mit dem dritten zusammen an die Kreiswildstelle abliefern. Die Abgabe aus dem zweiten Drittel an Gastwirtschaften ist verboten.

7. Schalenwild, das der Jagdberechtigte für sich behält oder an andere abgeben darf, ist mit 400 Gramm für den Erwachsenen und die Woche anzurechnen. Die Verwendung von Wildpret und die Abgabe an andere sind dem Gemeindevorstand unter Beifügung der Fleischkartenabschnitte anzuzeigen.

8. Der Handel mit Wild ist nur zugelassenen Wildhändlern gestattet. Diese zur Verhinderung des Schleichhandels getroffene

Bestimmung bezieht sich auf alles Wild, auch auf das auf Treibjagden erlegte.

9. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis oder Strafe und mit Einziehung des Wildes bestraft.

10. Bei dem Verkauf von Wild durch Händler oder zerlegtem Wild durch die Jagdberechtigten an Verbraucher folgende Preise:

Rot-, Dam-, Reh- und Schwarzwild:
a) für Rücken u. Keulen (Ziemer u. Schlegel) für 0,5 kg
b) für Blatt oder Bug „ 0,5
c) für Ragout oder Kochfleisch „ 0,5

Für Niederwild oder nicht zerlegtes Schalenwild die Jagdberechtigten in jedem Falle nur die Preise nehmen, von der Kreiswildstelle bezahlt werden. Es kann sich Verkauf an Verbraucher nur um Niederwild handeln, der Verbraucher im allgemeinen nicht in der Lage sind, ein ganzes unzerlegtes Stück Schalenwild notwendige von günstigen Fleischmarken abzugeben.

11. Die Ortspolizeibehörden und die Gendarmerie sind an, die Durchführung zu überwachen. Die Ortspolizeibehörden dürfen Treibjagden nur zulassen, wenn ihnen von Kreiswildstelle g. F. auf teleph. Anfrage eine Bestätigung die Anmeldung zugegangen ist.

Dillenburg, den 1. November 1918.

Der Königl. Landrat: v. S. H.

Wird hiermit veröffentlicht.

Herborn, den 6. November 1918.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Mobilien-Versteigerung

Am kommenden Montag, den 11. November, morgens 10 Uhr an, bringe ich wegen Umzugs Hause Dillstraße Nr. 7, Herborn, eine Anzahl Möbel und insbesondere eine vollständige

Herrenzimmer-Ausstattung (eichen)

bestehend in Sofa mit Umbau, Diplomatenstuhl, Sessel, 1 Tisch und 4 Lederkühle, 1 Bücherregal, 1 Raucherstuhl, 2 schwarze Ständer, 1 großer Teppich und verschiedene Figuren (noch wie neu), sowie ein eisernes Kinderbett mit Matratze, 1 Korbweide, Nachttischlampen, 2 neue Kasserapparat, 1 gute Heruhr mit Kette, 1 Stuhl, 1 Regenschirm, 2 Hundehörbe mit Leine, 2 Briefkästen und dergleichen gegen gleich bare Zahlung zur freiwilligen Versteigerung.

Herborn. Ferdinand Nicodem

Milchseparatoren, Buttermaschinen, Wendepflüge aller Art, Obstpressen

Rübenscheider, Brockelmühlen, Futterschneidmaschinen,

Räucherapparate (Qualität)

sofort ab Lager lieferbar.

Reparaturen aller landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte. Autogen-Schweißung d. kompliziertesten

Filterfabrik Roth (Dillkreis)

Habe abzugeben:

600 Zigarren prima Qualität, 100 Stück, Packung 100
50 Stck. la. Toiletteseife, das Stck. 4,50

Wo? sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Für meinen kleinen Haushalt — ein Kind — auf dem Lande zuverlässiges, sauberes

Mädchen,

welches in Küche und Haushalt erfahren ist, sofort gesucht. Waschfrau vorhanden.

Frau Fabrikbesitzer Karl Barth, Waldbrohl (Rheinland).

Bestellungen auf

Dickwurz

per Zentner Mk. 5,60

nimmt entgegen

Balzer & Nassauer.

Wer tauscht

größere Wohnung

gegen kleinere 3-Zimmer

Wohnung ein? Angebots

unt. H. 30 an d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Koch- u. Viehsal

eingetroffen.

Aug. Daum.

Särge

eichen, hiesigen, Zin

särge stets auf Lager.

Uebernahme von Ueberführungen.

Louis Krauskopf,

Dillenburg.

Todes-Anzeige.

Gestern abend 11 Uhr entschlief nach kurzem schweren Leiden unsere liebe, treue, unvergessliche Tochter, Schwester und Schwägerin

Fräulein

Marie Hoffmann

im 20. Lebensjahr. Dies zeigt Schmerz erfüllt an

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Familie Karl Hoffmann.

Herborn, im Felde, den 5. November 1918.

Die Beerdigung findet Freitag, den 8. November, nachmittags 2 Uhr statt.